

Protokoll

über die öffentliche Sitzung **des Ausschusses für Klimaschutz, nachhaltige
Gemeinde- und Bauentwicklung** am 17.11.2022 in
Ostrhauderfehn, im **Vereins- und Gemeindezentrum, Kirchstraße 221**

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Günter Harders

Vorsitzende/r (Gruppe UWG/CDU)

Frau Ursel Thomßen

Stellv. Vorsitzende/r (Gruppe UWG/CDU)

Herr Dirk Gruben

Mitglieder SPD

Herr Michael Erhardts

Frau Marlene Marks

Mitglieder Gruppe UWG/CDU

Frau Tina Bents

Herr Norbert Pieper

Herr Uwe Siemers

Beratendes Mitglied - Grundmandat (Stellv.)

Herr Manfred Cybalski

Vertretung für Herrn Dieter Ertwiens-
Buchwald

Beratendes Mitglied - SBO (stellv.)

Herr Hubert Fennen

Vertretung für Herrn Wilfried Witt

Verwaltung

Herr Joachim Brink

Frau Lydia de Boer

Herr Lothar Kruse

Gäste

Herr Thorsten Tooren (Bauverein Leer eG)

Frau Karina Maria Behrens (Gruppe UWG/CDU)

Es fehlen:

Beratendes Mitglied - Grundmandat

Herr Dieter Ertwiens-Buchwald

Beratendes Mitglied - SBO

Herr Wilfried Witt

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:54 Uhr

Öffentlicher Teil

zu 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende U. Thomßen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Ausschusses für Klimaschutz, nachhaltige Gemeinde- und Bauentwicklung sind durch Ladung vom 07.11.2022 zur Sitzung einberufen worden.

zu 2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt festgestellt.

zu 3. Genehmigung des Protokolls der letzten Ausschusssitzung

Der Ausschuss für Klimaschutz, nachhaltige Gemeinde- und Bauentwicklung genehmigt bei einer Stimmenthaltung das Protokoll der Sitzung am 10.02.2022.

zu 4. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde

Bürgermeister Harders gibt zunächst einen kurzen Überblick über die aktuellen Baumaßnahmen und dem derzeitigen Stand des Baufortschritts.

Darüber hinaus berichtet er, dass bei der Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik in der letzten Zeit Probleme mit der Steuerung aufgetreten seien. Dadurch seien einzelne Straßenzüge zeitweise dunkel geblieben. Die Gemeinde arbeite jetzt an einer Problemlösung. Diesbezüglich habe die Gemeinde auf ihrer Homepage auch die wichtigsten Fragen und Antworten zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung zusammengefasst. Der nächste Schritt für die Zukunft sei dann, die Beleuchtung smarter zu gestalten (Fernwartung, Einstellung der Leuchtzeiten usw.).

Auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Pieper wird mitgeteilt, dass es bezüglich der Abschaltung der Straßenbeleuchtung um 22:00 Uhr kaum Beschwerden gegeben habe.

zu 5. Anfragen und Anregungen von Einwohnern zu den Tagesordnungspunkten

Ein Bürger weist darauf hin, dass die neue LED-Beleuchtung blenden würde. Ihm sei das bei einer abendlichen Autofahrt im Musikerviertel aufgefallen.

Bürgermeister Harders erklärt, dass der Abstrahlwinkel der Lampenköpfe eingestellt werden könne. Die Gemeinde werde dieses überprüfen.

Weiterhin bittet der Bürger um Erläuterung zu der Aussage des Landkreises Leer, dass Schottergärten aus gestalterischen und pflegerischen Gründen nicht zulässig seien. Er sei bislang immer davon ausgegangen, dass rechtliche Gründe entgegenstünden. Bürgermeister Harders erklärt hierzu, dass nach der Novellierung der Niedersächsischen Bauordnung alle nicht versiegelten Flächen grundsätzlich als Grünflächen hergestellt werden müssen.

zu 6. Sozialverträglicher Wohnungsbau - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.07.2022
Vorlage: AN/010/2022

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, die Möglichkeiten für einen sozialverträglichen Wohnungsbau mit Vertretern des Bauvereins Leer zu erörtern. Ausschussmitglied Cybalski erläutert zu dem Antrag, dass die Preise für Wohnraum in der letzten Zeit enorm gestiegen seien und sozial Schwächere sich keine Wohnung mehr leisten können. Hier müsse gegengesteuert werden. Dazu habe der Bauverein Leer eG auch für die kreisangehörigen Gemeinden Lösungsansätze. Deshalb habe seine Fraktion beantragt, einen Vertreter des Bauvereins Leer eG zu einem Vortrag einzuladen.

Ausschussvorsitzende U. Thomßen begrüßt Herrn Tooren vom Bauverein Leer eG.

Herr Tooren erläutert anhand einer Powerpointpräsentation die geschichtliche Entwicklung sowie die Aufgaben des Bauvereins Leer eG. Insbesondere sei die Schaffung sozial verantwortbarer Wohnungen eine Kernaufgabe. Er betont, dass der Bauverein Leer eG nicht nur im Stadtgebiet von Leer, sondern auch in den umliegenden Gemeinden tätig sei und grundsätzlich Interesse bestehe, auch da sozialverträglichen Wohnraum zu schaffen. Auch auf kleinen Flächen könne Vieles umgesetzt werden. Das kleinste Gebäude, das der Bauverein Leer eG bauen könne, bestehe aus 4 ebenerdigen Wohneinheiten. Daher wären beispielsweise Restflächen in Baugebieten interessant. Mehrgeschossige Gebäude mit einem Aufzug lohnten sich dann erst ab 10 Wohneinheiten.

Herr Tooren räumt ein, dass der Bauverein Leer eG steuerbegünstigt sei und daher günstigere Preise anbieten könne als beispielsweise ein gewerblicher Mitbewerber.

Ausschussmitglied Pieper fragt an, ob es für den Bau sozialverträglicher Wohnungen Zuschüsse gebe.

Herr Tooren bejaht, weist aber darauf hin, dass dann 3 Jahre lang die monatliche Nutzungsgebühr bei maximal 5,80 €/qm liege und dann auch nur moderat erhöht werden dürfe.

Daneben gebe es noch die Belegungsbindung, die 30 Jahre oder mehr bei der Wohnungsvergabe eingehalten werden müssen (z.B. Wohnberechtigungsschein, Einkommensgrenzen o.ä.)

Weiterhin erklärt Herr Tooren auf Nachfrage, dass der Bauverein Leer eG bei dem Bau von Wohnungen Mindeststandards einhalte.

Der Bauverein Leer eG würde bei seinen Bauten nach wie vor Gasheizungen verbauen, weil es momentan hier noch keine wirklichen Alternativen gebe (Kosten, Lieferzeiten). Das könne sich aber in absehbarer Zeit ändern.

Bürgermeister Harders hält die Vergleichbarkeit von Mieten in geförderten Wohnungen und der ortsüblichen Miete für "normale" Wohnungen für problematisch, zumal es für den ländlichen Raum auch keinen Mietspiegel gebe.

Ausschussmitglied Cybalski stellt abschließend fest, dass es in Ostrhauderfehn einen Bedarf an sozialverträglichen Wohnungen gebe. Er hält es für notwendig, dass die Verwaltung in diese Richtung weiterarbeite und ggf. das Gespräch mit dem Bauverein Leer eG sucht.

Der Ausschuss für Klimaschutz, nachhaltige Gemeinde- und Bauentwicklung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 7. Schottergärtenmanagement - Möglichkeiten der Reduzierung von Flächenversiegelung - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.07.2022
Vorlage: AN/009/2022

Nach den Ausführungen von der Ausschussvorsitzenden U. Thomßen habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Vorgehensmöglichkeiten zur Reduzierung so genannter "Schottergärten" unter Einbeziehung des Landkreises Leer zu beraten.

Ausschussmitglied Cybalski führt zu dem Antrag aus, dass es sich hier um ein heikles Thema handele, bei dem die Zuständigkeiten in der Vergangenheit immer zwischen dem Landkreis Leer und der Gemeinde hin- und hergeschoben worden seien.

Ein/e Vertreter*in des Landkreises sei leider der Einladung zur Sitzung nicht gefolgt, aber es sei ein Antwortschreiben des Landkreises eingegangen, dem auch ein Informationsblatt zum aktuellen Stand beim Vorgehen zur Verringerung der Schottergärten im Kreisgebiet (Stand: September 2022) beigelegt war.

In der Folge stellt Ausschussmitglied Cybalski den Inhalt dieses Informationsblattes (Rechtslage, bisherige Maßnahmen, geplante Maßnahmen) ausführlich dar.

Bürgermeister Harders führt aus, dass die Gemeinde von ihrer Seite aus bereits mit der Festlegung der Grundflächenzahl im Bebauungsplan den Grad der Versiegelung vorgebe. Die Überwachung der Einhaltung dieser Vorgabe obliege dem Landkreis Leer als Bauaufsichtsbehörde. Daneben sei oftmals in textlichen Festsetzungen geregelt, dass Hecken oder Bäume gepflanzt werden müssen.

Seiner Meinung nach könne das ganze Problem einfacher geregelt werden. Der Landkreis Leer müsse konsequent den betroffenen Grundstückseigentümern eine Frist setzen und gegebenenfalls auch Sanktionen durchsetzen. Der Versuch, auf den guten Willen und die Einsicht der Bevölkerung zu hoffen, sei augenscheinlich fehlgeschlagen.

Ausschussmitglied Erhardts kritisiert, dass man nicht früher gegen die Schottergärten vorgegangen sei bzw. sie nicht von vornherein verboten hätte. Damals seien Schottergärten sogar beworben worden.

Der Ausschuss für Klimaschutz, nachhaltige Gemeinde- und Bauentwicklung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 8. Sachstandsfragen zu verschiedenen Themen - Antrag der Gruppe UWG/CDU vom 27.10.2022
Vorlage: AN/012/2022

Ausschussvorsitzende U. Thomßen stellt den Antrag vor und gibt für diese Zeit den Ausschussvorsitz an ihren Stellvertreter Gruben ab.

Sie erläutert, dass in den Ausschüssen sowie im Rat viele Dinge auf den Weg gebracht worden seien und der Sachstand jetzt einmal dargestellt werden solle.

Bürgermeister Harders gibt zu den einzelnen Punkten folgende Informationen:

a.) Radwegekonzept:

Der Rat habe erst in der letzten Sitzung hierüber beschlossen. Jetzt müsse die Gemeinde die umliegenden Kommunen kontaktieren und sich über den Sachstand und die Inhalte der dortigen Konzepte informieren. Dann könne eine entsprechende Auftragsvergabe vorbereitet werden.

b.) Leitprojekte des Gemeindeentwicklungskonzeptes:

Das Gemeindeentwicklungskonzept laufe bis 2030. Vieles sei bereits auf den Weg gebracht aber noch nicht endgültig umgesetzt worden wie beispielsweise die Umgestaltung der Hauptstraße.

c.) Einhausung des Schwimmbeckens Holtermoor:

Eine Kostenermittlung für die Einhausung des Lehrschwimmbeckens liege jetzt vor und sei Gegenstand der derzeitigen Haushaltsdebatte.

d.) Einstellung Klimaschutzmanager / Entscheidung für die Themenfelder:

Die Gemeinde Rhaderfehn habe für die beteiligten Kommunen einen Antrag gestellt. Nach dem jetzt erhaltenen Zwischenbescheid sei mit einer Bearbeitung vor Mitte 2023 nicht zu rechnen. Vor Erlass des Bewilligungsbescheides könne die Gemeinde nicht tätig werden.

e.) Machbarkeitsstudie Kanal Schifferstraße als Fließgewässer:

Im Zusammenhang damit: Wassertiefen der Kanäle an der Schulstraße und der Nordstraße:

Bürgermeister Harders erklärt, dass der Ausgangspunkt für die Studie die Umleitung des Wassers aus der 1. Südwieke in den Kanal an der Schifferstraße gewesen sei, weil dieser im Sommer nur wenig Wasser führe. Wegen der Geländehöhen sei das allerdings schwierig. Der Bewilligungsbescheid für die Durchführung der Studie liege vor. Mit den Untersuchungen gehe es voran.

Zu den Wasserständen in den Kanälen entlang der Schulstraße und der Nordstraße erläutert Bürgermeister Harders, dass die Sielacht Stickhausen hier mit dem Anstauen des Wassers Überschwemmungen befürchte, wenn es dann außerdem noch zu Extremniederschlägen kommen sollte. Daher sei die Sielacht da eher vorsichtig, auch wenn die Anwohner sich einen höheren Wasserstand wünschen. Das sei aber auch Gegenstand der Studie.

f.) Radweg Holte – Stickhausen:

Bürgermeister Harders hofft, dass das Planfeststellungsverfahren für den Bau des Radweges im 1. Quartal 2023 auf den Weg gebracht werden könne. Das Verfahren werde dann etwa 1 Jahr dauern. Daran schließe sich ein Ausschreibungsverfahren an, so dass vor 2024 nicht mit einem Baubeginn gerechnet werden könne. Der Landkreis Leer habe hierzu einen "Runden Tisch" angekündigt. Bisher sei aber nichts passiert.

Er berichtet weiterhin, dass in Potshausen am 24.11.2022 zwei Geschwindigkeitsmesstafeln aufgestellt werden sollen.

Ausschussmitglied Erhardts freut sich darüber, dass es bei der Frage des Wasserstandes im Kanal an der Schifferstraße jetzt weitergehe.

Ausschussmitglied Cybalski weist darauf hin, dass sichergestellt sein müsse, dass die für 2023 dem Hörensagen nach für den Bau des Radweges Holte – Stickhausen im Landeshaushalt eingeplanten Mittel nach 2024 übertragen werden können.

Der Ausschuss für Klimaschutz, nachhaltige Gemeinde- und Bauentwicklung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**zu 9. Baumstrategie in Ostrhauderfehn - Antrag der Gruppe UWG/CDU vom
03.11.2022
Vorlage: AN/013/2022**

Ausschussvorsitzende U. Thomßen übergibt den Vorsitz an den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Gruben und erläutert ausführlich den Antrag, der den Ausschussmitgliedern mit der Ladung zur Verfügung gestellt worden war.
Sie beantragt:

Die Verwaltung prüft, mit Hilfe welcher Förderprogramme sich eine umfassende, zukunftsgerichtete und längerfristige Baumstrategie in Ostrhauderfehn am besten umsetzen lässt und bemüht sich um die Mittel. Zudem beginnt sie, die o. g. nötigen Parameter zu klären und nimmt ggf. weitere auf, die im Laufe des Prozesses erkannt werden. Sie setzt sich mit der Klimaschutz AG der Gemeinde in Verbindung und prüft, wie weit dies mit Expertise, zeitlich und inhaltlich, unterstützen kann.

Bürgermeister Harders weist darauf hin, dass dieses Vorhaben eine Aufgabe für den Klimaschutzmanager sei. Die Verwaltung könne sich mit diesen Aufgaben nur im Rahmen der vorhandenen personellen Möglichkeiten beschäftigen.

Ausschussmitglied Erhardtts findet die angedachte Baustrategie grundsätzlich für sinnvoll und wichtig. Es sei aber eine genaue Prüfung erforderlich. Bäume, die dicht an der Straße stünden, könnten mehr Schaden als Nutzen verursachen.
Er weist weiterhin darauf hin, dass zunächst ein Umdenken bei der Bevölkerung stattfinden müsse. Solange die Menschen heruntergefallenes Laub nicht als Teil der Natur sondern nur als lästiges Übel sehen, sei die Akzeptanz eher gering.

Ausschussvorsitzende U. Thomßen stimmt dem zu. Man müsse sich aber fragen, was wichtiger sei – das Klima oder perfekte Straßen.

Ausschussmitglied Cybalski macht deutlich, dass der Vorschlag die uneingeschränkte Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN findet.

Bürgermeister Harders weist darauf hin, dass auch bei der Umsetzung dieser Maßnahmen Kompromisse geschlossen werden müssen. Es gebe auch andere Nutzungen, die zulässig und wichtig seien.

Nach Ansicht von Ausschussmitglied Erhardtts sei die Ortsdurchfahrt Ostrhauderfehn im Vergleich mit anderen Ortsdurchfahrten wegen der zahlreichen Bäume sehr grün.

Nach Rückgabe des Ausschussvorsitzes an U. Thomßen geht Ausschussmitglied Gruben noch einmal darauf ein, dass erfahrungsgemäß Radwege stark durch Baumwurzeln in Mitleidenschaft gezogen werden.

Der Ausschuss für Klimaschutz, nachhaltige Gemeinde- und Bauentwicklung fasst einen einstimmigen Empfehlungsbeschluss für den o. g. Antrag.

zu 10. Anfragen und Anregungen von Einwohnern zu den Tagesordnungspunkten

Ein Bürger plädiert dafür, wieder Sammelstellen für Laub einzurichten. Vor allem junge Menschen wollten keine Bäume anpflanzen, weil durch die Blätter viel Arbeit verursacht werde.

Bürgermeister Harders entgegnet, dass die Gemeinde mehrere Tage anbiete, an denen Bürger Laub von Bäumen aus öffentlichen Bereichen kostenlos beim Bauhof abgeben können. Außerdem gebe es grüne Säcke, die von der Gemeinde mit 1,-- € / Sack bezuschusst werden.

Auf die Nachfrage des Bürgers zum Wasserstand des Kanals an der Nordstraße wiederholt Bürgermeister Harders, dass dazu nähere Einzelheiten in der Machbarkeitsstudie geklärt werden sollen.

Auch auf die Anregung eines weiteren Bürgers, in den Kanal an der Nordstraße Staustufen einzubauen, verweist Bürgermeister Harders auf die Studie.

Ein Bürger kritisiert, dass die Sielacht Stickhausen sich nur als Entwässerungsverband verstehen. Dabei gehöre die Bewässerung in Trockenzeiten genauso zu ihren Aufgaben. In den letzten Jahren sei sein Grundstück durch die Trockenheit immer weiter abgesackt. Bürgermeister Harders erklärt, dass die Sielacht eine gute Arbeit leiste. Weil Ostrhauderfehn nur Wasser mit dem abfließenden Wasser abschlagen könne, sei die Sielacht bei unbeständigem Wetter eher vorsichtig und Sorge für einen niedrigen Wasserstand, um Überschwemmungen vorzubeugen. Im Übrigen habe die Sielacht in einigen Fällen auch schon Bewässerungsmaßnahmen ergriffen. Die Sielacht müsse immer den Mittelweg finden.

Ein Bürger regt an, bei der Studie die Pflanzung von tiefwurzelnden Bäumen entlang der Schifferstraße mit vorzusehen.

Bürgermeister Harders entgegnet, dass auch vermeintlich tiefwurzelnde Bäume Straßenschäden verursachen – siehe Kirchstraße.

Ein Bürger ist der Meinung, die Kanäle müssten noch vor dem Winter entschlammt werden. Bürgermeister Harders erklärt, dass dafür eine Genehmigung der Wasserbehörde erforderlich sei.

Ein Bürger spricht den Reinigungszustand der Straßen an. Die Gemeinde müsse die Reinigungspflicht strenger durchsetzen.

Ein anderer Bürger wirft ein, dass die Straßenreinigung von älteren Menschen nicht geleistet werden könne.

Bürgermeister Harders erklärt, dass die Gemeinde in einem Hinweisblatt zum Steuerbescheid auf die Straßenreinigungspflicht hinweise. Die Gemeinde selbst reinige selbst etliche qualifizierte Straßen mit viel Verkehr. Letztlich gebe es nur zwei Möglichkeiten: Entweder werden die Anlieger zur Straßenreinigung verpflichtet oder die Gemeinde nehme die Aufgabe wahr und erhebe dann eine Reinigungsgebühr.

.....
Günter Harders
Bürgermeister

.....
Ursel Thomßen
Ausschussvorsitzende

.....
Joachim Brink
Protokollführer